



Die Ankündigung der Trump-Regierung von Zöllen Anfang April, die weit über den Erwartungen lagen, führte zu einem Klima der allgemeinen Unsicherheit, welches das Wachstum der Weltwirtschaft in den kommenden Monaten beeinträchtigen könnte. Die für das erste Quartal veröffentlichten Daten sind daher kaum repräsentativ für die künftige Entwicklung, da die meisten Verbraucher und Unternehmen im Vorgriff auf die Ankündigung der Zölle handelten, was zu erheblichen Verzerrungen führte. So sank das BIP in den USA auf annualisierter Basis um 0,3%, da das Handelsbilanzdefizit aufgrund der hohen Importe stark anstieg. Der inländische Konsum wuchs zwar nur mäßig, blieb aber mit einem Plus von 1,8% robust. In der Eurozone wuchs das BIP um 0,4%, doppelt so stark wie erwartet, und verzeichnete damit ein Wachstum das fünfte Quartal in Folge. Umfragen unter europäischen Unternehmern deuten jedoch darauf hin, dass sich die US-Zölle in den kommenden Monaten negativ auf die Geschäftslage auswirken werden. In China stieg das BIP im Jahresvergleich um 5,4% aufgrund der Beschleunigung der Exporte vor der Einführung der Zölle. Die staatlichen Behörden planen, die negativen Auswirkungen der US-Zollpolitik durch zusätzliche fiskalische Stimuli abzumildern. In Japan verringern Zollschränken das Wachstumspotenzial der stark exportorientierten Wirtschaft.

Obwohl sich der Abwärtstrend der Inflation in den USA im März fortsetzte, könnte er sich in den kommenden Monaten aufgrund der Preissteigerungen infolge der Zölle umkehren. So sank die Gesamtinflationsrate von 2,8% im Februar auf 2,4% im März, während die Inflation ohne Energie und Nahrungsmittel von 3,1% auf 2,8% zurückging. Die Kernrate des Deflators der privaten Konsumausgaben (der bevorzugte Inflationsmaßstab der Federal Reserve), sank von 3,0% auf 2,6%. In der Eurozone tritt die Inflation auf der Stelle. Im April blieb die Gesamtinflationsrate unverändert bei 2,2%. Die Inflationsrate ohne Energie und Nahrungsmittel stieg jedoch von 2,4% auf 2,7%.

Die US-Notenbank hielt im April keine Sitzung ab. In einer Rede in Chicago hielt ihr Präsident Jerome Powell daran fest, dass er nach der Ankündigung der Zölle einen abwartenden Ansatz befürwortete, um deren Auswirkungen auf die Inflation und das Wirtschaftswachstum besser einschätzen zu können. In der Eurozone senkte die Europäische Zentralbank ihren Einlagensatz um weitere 25 Basispunkte auf 2,25%. Die negativen Auswirkungen der US-Zölle auf das europäische Wachstum, der Anstieg des Euro und die niedrigen Ölpreise könnten die Währungshüter dazu veranlassen, ihre Leitzinsen bei der nächsten Sitzung im Juni erneut zu senken.

Im April waren die Renditen von US-Staatsanleihen unbeständig. Sie fielen unmittelbar nach der Ankündigung der Zölle und stiegen dann wieder an, da die Anleger angesichts der Drohmaßnahmen der neuen US-Regierung gegenüber den Handelspartnern den Status der



US-Staatsanleihen als ultimative sichere Anlage in Frage stellten. Die anschließende Ankündigung, die meisten Zölle für 90 Tage auszusetzen, führte erneut zu einer Entspannung der langfristigen Zinsen, die den Monat nahezu unverändert beendeten. In der Eurozone entspannten sich die Anleiherenditen aufgrund der ungünstigen Auswirkungen der US-Zölle auf das Konjunkturwachstum des alten Kontinents. So sank der 10-jährige Referenzzinssatz in den USA von 4,21% auf 4,16%, in Deutschland von 2,74% auf 2,44%, in Frankreich von 3,45% auf 3,17%, in Italien von 3,87% auf 3,56% und in Spanien von 3,37% auf 3,11%. Seit Jahresbeginn stieg der 'JP Morgan EMU Government Bond Index' um 0,7%.

Obwohl die Aktienmärkte im Laufe des Aprils sehr volatil waren, beendeten sie den Monat auf fast unverändertem Niveau im Vergleich zu Ende März. Die Kehrtwende von Donald Trump, der am „Liberation Day“ am 2. April Zölle ankündigte und diese einige Tage später teilweise um drei Monate aussetzte, erklärt das Auf und Ab der Börsenkurse. So war der Rückgang des MSCI All Country World Index Net Total Return in Euro um 4,1 % fast ausschließlich auf den Rückgang des US-Dollars zurückzuführen. In lokaler Währung gaben die wichtigsten Aktienindizes nur wenig nach. So sank der S&P 500 in den USA um 0,8 % (in USD) und der STOXX Europe 600 um 1,2 % (in EUR), während der Topix in Japan sogar um 0,3 % (in JPY) und der MSCI Emerging Markets Index um 1,0 % (in USD) stiegen. Auf Sektorebene verloren Basiskonsumgüter, Versorger und Industrie am wenigsten, während Energie, Gesundheit und zyklischer Konsum am deutlichsten nachgaben.

Im April setzte der Euro seine Erholung gegenüber dem Dollar fort und stieg von 1,08 auf 1,13. Im Laufe des Monats erreichte der Euro-Dollar-Wechselkurs sogar die Marke von 1,15 und damit einen neuen Höchststand seit November 2021. Der übermäßige Einsatz der wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Macht der USA gegenüber ihren Handelspartnern scheint den Charakter des US-Dollars als ultimative Fluchtwährung zu gefährden. Der übermäßige Einsatz der wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Macht der USA, um ihre Handelspartner unter Druck zu setzen, scheint den Charakter des US-Dollars als ultimative Fluchtwährung zu gefährden. Gleichzeitig stieg der Preis für eine Feinunze Gold weiter an und erreichte zeitweise sogar die Marke von 3500 USD. Im Laufe des Monats stieg der Preis für eine Feinunze Gold schließlich von 3124 USD auf 3289 USD, was einem Plus um 5,3% entspricht. Der Preis für eine Feinunze Silber ging dagegen um 4,3% von 34,1 USD auf 32,6 USD zurück.



Dieses Dokument wurde von BLI - Banque de Luxembourg Investments („BLI“) mit größter Sorgfalt und Aufmerksamkeit verfasst. Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ausblicke und Meinungen sind die der jeweiligen Verfasser, und BLI übernimmt dafür keinerlei Haftung. Die in dieser Publikation enthaltenen Wirtschafts- und Finanzinformationen und Einschätzungen dienen ausschließlich der Information und basieren auf den zum Erstellungsdatum des Dokuments bekannten Informationen. Sie stellen keine Anlageberatung und keine Aufforderung oder Empfehlung zur Anlage dar und dürfen nicht als rechtliche oder steuerliche Beratung verstanden werden. Alle Angaben sind mit größter Vorsicht zu verwenden. BLI übernimmt keinerlei Gewähr für die Richtigkeit, Zuverlässigkeit, Aktualität und Vollständigkeit dieser Angaben. BLI haftet weder für die mitgeteilten Informationen noch für Entscheidungen, die Personen – ob Kunden oder nicht – möglicherweise auf deren Grundlage treffen. Diese Personen bleiben allein für ihre eigenen Entscheidungen verantwortlich.

Jede interessierte Person muss sicherstellen, dass sie alle Risiken versteht, die mit ihren Anlageentscheidungen verbunden sind. Vor einer Entscheidung muss sie sorgfältig und zusammen mit ihren eigenen Beratern prüfen, ob ihre Anlagen insbesondere in Bezug auf rechtliche, steuerliche und buchhalterische Aspekte mit ihrer individuellen Finanzsituation übereinstimmen.

Ferner wird daran erinnert, dass die Wertentwicklung in der Vergangenheit kein verlässlicher Indikator für die künftige Performance ist.